



Pressemitteilung zu den Anschlägsdrohungen an Berliner Schulen

Mit großer Sorge haben wir als Landesschülerratsausschuss Berlin die Falschdrohungen an Berliner Schulen zur Kenntnis genommen. Für uns ist dabei klar, dass dies eine vollkommene Ausnahmesituation an den betroffenen Schulen darstellt und daher umgehend eine Deeskalation vonnöten ist.

Nachdem sich am gestrigen Abend die Anschlägsdrohungen an mehr als 20 Schulen als Falschnachricht herausgestellt hatten, besteht weiterhin die Gefahr weiterer Falschmeldungen, welche aus Sicht des Berliner Landesschülerratsausschusses die Sicherheitslage gefährden und weiterhin zu großer Besorgnis innerhalb der Schüler:innenschaft, aber auch der Elternschaft führen. Aus diesem Grund fordern wir umgehend gegenüber der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei, einen Krisenstab im Umgang mit dieser Situation und weiteren Drohungen einzuberufen, sodass sich die Lage wieder entspannen kann.

Es kann nicht sein, dass eine solche Propaganda den normalen Schulbetrieb stört und Schüler:innen sowie Eltern die Sorge haben müssen, dass an den Schulen eine Gefahr besteht.

Mit dem geforderten Krisenstab soll verhindert werden, dass die Schulen weiterhin solchen Problemen ausgesetzt werden und mit dieser Situation nicht allein gelassen werden. Es muss schnell gehandelt werden, damit sich eine solche Situation nicht wiederholt!